

Vergangenheitsbewältigung im Jahr 2018

Christoph Mörgeli*

Wir schreiben das Jahr 2018. Im Berner Bundeshaus haben die Volks- und Ständesvertreter soeben beschlossen, eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) sowie eine hochdotierte internationale Historikerkommission einzusetzen. Die Gesamtkosten für beide Gremien betragen zwar stattliche 80 Millionen Franken, doch sind sich die Vertreter aller Parteien einig, dass unser Land um die politische und wissenschaftliche Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit nunmehr nicht mehr herumkommt. Es geht um eines der trübsten Kapitel in der Geschichte der neueren Schweiz, nämlich um die Jahre 1996 bis 1999. Wie der Bundespräsident des Jahres 2018 in einer eindrücklichen Rede ausführte, sei das damalige absurde Handeln der offiziellen Schweiz im Nachhinein rational nicht mehr nachvollziehbar und lediglich durch einen an Hysterie grenzenden Zeitgeist des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu erklären.

Pleiten, Pech und Pannen

Es sei in der Tat erschütternd, wie hilflos die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Führung 1996 bis 1999 auf die geschickt koordinierten Angriffe amerikanischer Kreise auf unser Land reagiert hätten. Unsere Sicherheitspolitik habe in der Erkennung des damals neuaufgekommenen „Informationskrieges“ in Form von erpresserischen Medienkampagnen vollkommen versagt. Der Schweizer Botschafter in Washington, der diese Art der Kriegführung frühzeitig erkannt und auch als solche bezeichnet habe, sei unter schändlichsten Umständen zum Rücktritt gedrängt worden. Derjenige Bundesrat, der Klartext über die erpresserischen Methoden gesprochen habe, sei von einer grossen Linkspartei solange mit Rücktrittsforderungen eingedeckt worden, bis er seine Aussage „bedauert“ habe. Es müsse – so führte der Bundespräsident des Jahres 2018 weiter aus – nachträglich als unverzeihlicher Fehler beurteilt werden, dass die Schweizer Regierung mit den USA nicht von Anfang an auf Staatsebene verhandelt, sondern sich in inoffizielle Kontakte mit zahlreichen privaten Organisationen verstrickt habe. Tiefpunkt dieser dilettantischen Diplomatie bildete der Privatbesuch des damals amtierenden Schweizer Aussenministers beim Sekretär des World Jewish Congress. Obendrein habe der Bundesrat eine Werbeagentur in New York mit der

* PD Dr. Christoph Mörgeli (Üriikon) ist Historiker und SVP-Kantonsrat.

Wahrnehmung der Schweizer Interessen beauftragt, ohne zu merken, dass diese gleichzeitig im Solde des Jüdischen Weltkongresses stand.

In die sogenannt unabhängige Historikerkommission zur Untersuchung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg berief die Regierung ausschliesslich „Ankläger“ und keinen einzigen „Verteidiger“. Ihre für die Schweiz verheerenden Berichte seien denn auch weniger von historischer Faktentreue als vom modischen „Betroffenheitsmoralismus“ der 1990er Jahre geprägt gewesen. Auch habe man dieser Historikerkommission exklusive Vollmachten für Archivzugänge gewährt, so dass für aussenstehende Historiker eine Überprüfung der Behauptungen verunmöglicht und jede ernsthafte wissenschaftliche Diskussion zum vornherein abgewürgt worden sei.

Krise auch im Inland geschürt

Der erhoffte Befreiungsschlag durch einen Holocaustfonds und durch die Ankündigung einer Solidaritätsstiftung aus Volksvermögen habe sich als folgenschwerer Bumerang erwiesen: Die Welt habe diese Massnahmen als Eingeständnis einer ungeheuerlichen Schuld aufgefasst, und die das Land attackierenden Kreise seien dadurch ermuntert worden, immer noch unsinnigere Forderungen zu stellen.

Leider habe auch das Schweizer Parlament keine durchwegs glückliche Figur gemacht, seien doch einzelne Nationalräte nach New York gepilgert, um auf eigene Faust ein bisschen Aussenpolitik zu spielen und damit das kopflose Durcheinander noch zu steigern.

Selbstverständlich hätte die Krise nicht diese Ausmasse angenommen, wenn sich nicht bestimmte politische Kreise im Inland einen Vorteil davon erhofft und die Schweizbeschimpfer mit immer neuer Munition beliefert hätten; der Bundespräsident des Jahres 2018 erinnerte in diesem Zusammenhang speziell an die Mitfinanzierung des weltweit ausgestrahlten verleumderischen BBC-Films „Totengold und Judengeld“ durch das damals noch existierende Schweizer Monopolfernsehen DRS.

Entschuldigung des Bundesrates

Erst 1999 – so sprach der Bundespräsident des Jahres 2018 weiter – hätten die mit Boykotten und Milliardenklagen belasteten Schweizer Banken einen reiflich überlegten Beschluss bekanntgegeben: Bei Fortsetzung des Kesseltreibens würden sie ihre ohnehin wenig

profitablen Niederlassungen in den USA schliessen und sämtliche amerikanischen Arbeitnehmer entlassen. Als Bürger eines freiheitlichen, souveränen Kleinstaates seien die global tätigen Schweizer Geschäftsleute nämlich auf politische und wirtschaftliche Rechtsstaatlichkeit angewiesen. Diese Rechtsstaatlichkeit sei zu ihrem Bedauern in den USA nicht mehr gegeben, weil offizielle Regierungs- und Behördenvertreter mit erpresserisch auftretenden Privatorganisationen unter einer Decke steckten.

Die deutlichen Worte verfehlten in den USA und in der übrigen Welt ihre Wirkung nicht, so dass sich die angespannte Situation zwischen den beiden traditionell befreundeten Staaten recht schnell wieder beruhigte. Ohne die Ergebnisse der eingesetzten PUK und der Historikerkommission vorwegnehmen zu wollen, hielt der Bundespräsident des Jahres 2018 fest, dass die Schweizer Staatsführung in den Jahren 1996 bis 1999 zweifellos bei weitem nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden sei. Er wollte es daher nicht unterlassen, sich im Namen des Gesamtbundesrates beim Schweizervolk für die Fehler der Vorgänger in aller Form zu entschuldigen ...